

Enthaltung einher ging auch der Beschluss, dem militärischen Eingreifen der Koalition nicht im Wege zu stehen. Die Stimmenscheidung ist konsequent. Für Deutschland als größtes NATO-Mitgliedsland in Europa wäre es nicht vertretbar gewesen, im Sicherheitsrat mit „Ja“ zu stimmen, um dann an der Umsetzung der militärischen Aspekte in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas nicht teilzunehmen.

12. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt Informationen vor, wonach das amerikanische Militärgefängnis an einen neuen Standort in der Pfalz verlegt werden soll?

**Antwort des Staatsministers Dr. Werner Hoyer
vom 4. April 2011**

Mit Pressemitteilung vom 23. Juni 2010 hat die U.S.-Army Europe über Umstrukturierungen der US-Streitkräfte in Deutschland informiert. Dabei ist auch eine sukzessive Schließung des Standorts Mannheim, an dem sich derzeit ein amerikanisches Militärgefängnis befindet, vorgesehen.

Der Bundesregierung liegen keine Informationen darüber vor, inwiefern das Militärgefängnis von der Schließung des Standorts betroffen sein wird oder ob eine Verlegung geplant ist.

13. Abgeordneter
Christian Lange
(**Backnang**)
(SPD) Welche Informationen hat die Bundesregierung über das sich im deutschen Besitz befindende Frachtschiff „Victoria“, das unter libanesischer Flagge fuhr und versucht hat, Waffen zu schmuggeln, und das von der israelischen Marine in dieser Woche gestoppt wurde (vgl. WELT ONLINE vom 17. März 2011)?

**Antwort des Staatsministers Dr. Werner Hoyer
vom 25. März 2011**

Am 15. März 2011 wurde die „MS Victoria“ 200 Seemeilen vor der israelischen Küste von der israelischen Marine im Einvernehmen mit der Schiffsführung aufgebracht und nach Ashdod (Israel) geleitet. An Bord wurden nach Angaben der israelischen Regierung 20 bis 25 t Waffen und Munition gefunden. Es habe sich dabei um sechs Anti-Schiff-Raketen des Typs C-704, 230 Mörsergranaten des Kalibers 120 mm, 2 270 Mörsergranaten des Kalibers 60 mm, zwei Küstenradaranlagen britischer Herstellung, zwei Abschussvorrichtungen, zwei Bedienstationen für Radarsysteme und 66 960 Patronen für Sturmgewehre (Kaliber 7,62 mm) gehandelt.

Die israelische Regierung hat die Waffenfunde am 16. März 2011 gegenüber Medienvertretern und ausländischen Diplomaten präsentiert.

Das Schiff gehört einer deutschen Reederei, ist an das französische Unternehmen CMA CGM verchartert und fährt unter liberianischer Flagge. Es waren keine deutschen Staatsangehörigen an Bord.

Nach Angaben der israelischen Regierung waren die Container mit den Waffen im syrischen Hafen Lattakia zugeladen worden und sollten im ägyptischen Hafen Alexandria entladen werden. Die israelische Regierung geht davon aus, dass die Waffen aus Iran stammen und für den Gaza-Streifen bestimmt waren. Nach israelischen Angaben wusste die Besatzung des Schiffs nichts von dem Waffentransport. Die „MS Victoria“ hat den Hafen Ashdod am 17. März 2011 wieder in Richtung Alexandria verlassen.

14. Abgeordneter **Christian Lange (Backnang)** (SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, dass solche unerfreulichen Situationen, die die Sicherheit des Staates Israel gefährden, in Zukunft vermieden werden können?

Antwort des Staatsministers Dr. Werner Hoyer vom 25. März 2011

Die Bundesregierung engagiert sich seit Ende des Gaza-Krieges im Januar 2009 im Rahmen der auf eine Unterbindung des Waffenschmuggels in den Gaza-Streifen ausgerichteten Gaza Counter Arms Smuggling Initiative (GCASI). Ziel bleibt eine vollständige Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1860 vom 8. Januar 2009, die u. a. parallel Maßnahmen zu einer nachhaltigen Öffnung der Übergänge aus und in den Gaza-Streifen sowie gegen Waffenschmuggel nach Gaza fordert.

In Bezug auf Waffenschmuggel aus Iran setzen wir uns für die konsequente Umsetzung der im E3 + 3-Kreis vorbereiteten Resolutionen des VN-Sicherheitsrates zu Iran, zuletzt VNSR-Resolution 1929 (2010) vom 9. Juni 2010 ein.

15. Abgeordneter **Christian Lange (Backnang)** (SPD) Plant die Bundesregierung die in Hamburg ansässige Europäisch-Iranische Handelsbank AG (eihbank) auf die Sanktionsliste zu setzen, und wenn ja, wann?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Wolf-Ruthart Born vom 7. April 2011

Gemäß den aktuell bestehenden EU-Sanktionen gelten sehr strenge Kontrollmechanismen für sämtliche Zahlungen an bzw. von iranischen Personen, Organisationen und Einrichtungen. Die zuständigen deutschen Behörden überwachen dabei auch die Aktivitäten der eihbank, einer nach deutschem Recht eingetragenen und organisierten Bank mit iranischer Eigentümerstruktur. Die eihbank gehört nicht zu den Unternehmen, die von der EU (Sanktionsbeschluss vom